Peter Brammer (Autor)

Aufbruch

Mit Geduld und der Ausdauer eines Langstreckenläufers!
Studien und Empfehlungen zur Schul- und Bildungspolitik
für Göttingen und Südniedersachsen

https://cuvillier.de/de/shop/publications/8782

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen, Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: https://cuvillier.de

Anstelle eines Vorwortes

Es ist mühsamer als zunächst gedacht! Als ich vor fünf Jahren, im Mai 2018, die Grundzüge eines Konzeptes zur „Bildungs- und Innovationshauptstadt Göttingen und Südniedersachsen“ zu Papier brachte, war ich sehr zuversichtlich.

Der damalige Chefredakteur des GT bestärkte mich, gab noch wichtige Vorschläge zur Verbesserung des Konzeptes, sagte mediale Unterstützung zu. Es gelang, binnen kurzer Zeit wichtige ideelle Sponsoren in Göttingen zu gewinnen und zu begeistern. Dann kam Corona, das öffentliche Interesse verlagerte sich auf dieses eine Thema und, damit hatte ich nicht gerechnet, die Göttinger Ratspolitik verhielt sich wie die bekannten drei Affen, die weder „nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“ wollten oder konnten! Und dann auch noch, zu allem Überfluss, seit Februar 2022 der Krieg in der Ukraine. Also über mehrere Jahre keine sehr hoffnungsvolle Ausgangslage.

An der grundsätzlichen Idee der „Bildungsregion Südniedersachsen“, einen Kongress zum Thema „Bildung“ auszurichten, änderte sich aber nichts. Der Plan besteht nach wie vor, zudem auf einer breiteren Basis nach der Überführung der „Bildungsregion“ in die „Südniedersachsen Stiftung.“ Der neue Terminvorschlag für eine Strategiekonferenz ist

Mittwoch, der 26. April 2023, 8:30 – 16:00 Uhr, Adam-von-Trott-Saal,

Alte Mensa am Wilhelmsplatz, Göttingen,

Thema: "Bildung war, ist und bleibt ein Schwerpunkt in Südniedersachsen".

In den vergangenen fünf Jahren dieser Zwangspause habe ich einige Texte und Gedanken zu Papier gebracht, die sich vor allem mit der regionalen Schul- und Bildungspolitik befassen, die bereits in meinem PC beginnen, Staub anzusetzen. Ich habe sie im wahrsten Sinne des Wortes aus ihren Nischen hervorgeholt und in diesem Sammelheft zusammengefügt und zeitlich geordnet, beginnend 2018 bis 2023, also aus fast fünf Jahren. Da lassen sich Wiederholungen nicht vermeiden. In der zeitlichen Chronologie der Ereignisse erhalten sie aber einen Sinn.

Es bleiben allerdings einige Fragen:

Warum die erneute Verschiebung vom zunächst geplanten Termin am 9. November 2022? War der Grund Corona angesichts der fast vollständigen Aufhebung aller Beschränkungen? Wie es auch sei, der neue Termin startet in den

Frühling, also Aufbruchsstimmung. Ein Termin vor der Advents- und Weihnachtszeit ist für einen Neustart vielleicht doch ein ungünstiges Timing.

Und vor allem, was sind die eigentlichen Gründe und Ursachen für die fast pathologisch zu nennende Abstinenz der großen Politik an diesen doch zentralen gesellschaftspolitischen Aufgabenbereichen Bildung, Forschung und Kultur?

Diese Geringschätzung könnte ohne Probleme hundertfach belegt werden. Ich nenne nur wenige Beispiele: Die neue Niedersächsische Kultusministerin ist sicher eine ehrenwerte Person, aber die oberste Dienstvorgesetzte aller Lehrerinnen und Lehrer des Landes, aller Erzieherinnen und Erzieher, ja über die Schulen und Kitas aller Kinder und Jugendlichen des Landes, die selbst als Qualitätsmerkmal ihrer Professionalität anführt, ein Studium in Politik und Philosophie ohne Abschluss beendet zu haben, also nicht vom „Fach“ ist und die darüber hinaus in ihrem allerersten öffentlichen Statement nach ihrer Ernennung wissen lässt, dass Schulen keine „Paukschulen“ seien, sondern das Schülerinnen und Schüler vor allem „Spaß“ haben sollten, irritiert einen alten Lehrer und Schulleiter doch sehr.

Ein Blick auf die Bundespolitik sieht allerdings noch düsterer aus.

Mit dem Thema „Schule und Bildung können wir keine Wahlen gewinnen“ ist heute ein in der politischen Wirklichkeit immer wieder vorgebrachtes Statement. Die zielgerichtete Konsequenz dieser offensichtlich tief verwurzelten Grundeinstellung spiegelt sich schon in den Wahlprogrammen der meisten Parteien wieder: Bildung, Schule und Forschung sind, bis auf eine Ausnahme, randständige Themen.

Gespräche mit Fachleuten, die sich professionell mit Schule, Bildung und den Ursachen sozialer Verwerfungen in unserer Gesellschaft befassen, weisen noch auf eine weitere, aus guten Gründen nicht veröffentlichte mögliche Ursache hin: Auf die offensichtlich in unserer Gesellschaft fest verankerte feinstufige Ausprägung zentraler Elemente einer Klassengesellschaft, in Bezug auf unsere Fragestellung konkreter formuliert: Die Sicherung von über Generationen tief verankerten Privilegien, die durch die Konkurrenz derjenigen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, aber durch Förderung und Bildung aufsteigen könnten, zu verhindern oder wenigstens zu erschweren! Da werden Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland geholt. Besser wäre es, die eigenen Bürger zu qualifizieren. Bei 2,5 Millionen Arbeitslosen sollte das doch gelingen.

Die dominierende Berufsgruppe unter den Bundestagsabgeordneten sind die Juristen. Abgeordnete aus der Gruppe der großen Mehrheit der Bevölkerung wie Handwerker, Industriearbeiter, Dienstleister, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören, Abgeordnete mit einer „normalen“ Berufsausbildung oder aus sogenannten „einfachen Verhältnissen“ kann man in den Parlamenten suchen wie die sprichwörtliche Stecknadel im Heuhaufen, sie gibt es tatsächlich, von Ausnahmen abgesehen, nicht mehr. Mit anderen Worten: Unsere Parlamente sind selbst überkommende Relikte einer Ständegesellschaft.

Was auch immer die Ursachen dieses Desinteresses sein mögen. Die Folgen in der Realpolitik sind geradezu dramatisch.

Da werden die Mittel im Forschungs- und im Kulturbereich gekürzt, Projekte an Universitäten müssen eingestellt werden, dringend erforderliche Mittel für Schulen und Kitas an die Länder gleichfalls, die Personalstände an Schulen und Universitäten wurden über die letzten Jahrzehnte ausgedünnt, aber für die gesamte Kriegsbeteiligung und deren Folgen, und dies nicht nur im direkten Zusammenhang mit der Ukraine, werden unglaubliche Summen allein vom Bund aus dem Hut gezaubert. Wenn schon das gewaltmächtige Wort einer „Zeitenwende“ aus den finstersten Epochen unserer eigenen Geschichte als Begründung und Reaktion in den Mittelpunkt der gegenwärtigen Politik hervorgeholt wird, so sollte man auch bei den Tatsachen bleiben und sagen, wofür dieser Begriff steht, nämlich dafür, dass der Öffentlichkeit suggeriert werden soll, dass Krieg nur mit noch mehr Krieg zu begegnen sei. Die Geschichtslosigkeit und der völlige Mangel an professioneller Diplomatie sowie an „Staatskunst“, die sich hinter dieser Politik verbirgt, zeigt ein fatales Defizit an historischem Wissen und ruft geradezu nach einer Politik, die in Bildung, Ausbildung, Kultur, Qualifikation sowie in menschen- und umweltfreundliche Innovationen investiert.

Nicht nur der bekannte Virologe Drosten fordert Investitionen in Bildung und Ausbildung in Schulen und Universitäten als die einzige wirkungsvolle Maßnahme, um globale Epidemien zu bekämpfen. Was für die Epidemien gilt, gilt auch für die Bekämpfung von Hunger, von Armut, von Umwelt- und Klimakatastrophen und vor allem für die Bekämpfung der Ursachen von Kriegen.

Bildung sollte das Schlüsselwort für unsere Gesellschaft und für unsere Politik sein. Das wäre eine „Zeitenwende“, die das Leben in unserem Land sowie auf dieser Erde heute und für zukünftige Generationen lebenswerter werden ließe.

Meine Forderung: 100 Milliarden für Bildung und Kultur!

2018:

Eine Schullandschaft in Bewegung – Schulentwicklung in Göttingen

Studie über die weiterführenden Schulen im Sekundarbereich I und II – 2009/10, 2012/13 und 2016/17

Die Studie wurde in der Zeitschrift „Bildung und Erziehung“, 2018/Heft 3 bei Vandenhoeck & Ruprecht veröffentlicht.

Diese umfangreiche Studie ist das Ergebnis einer Teamarbeit. Zu meinem engeren Team gehörten die Studentinnen Tanja Autze, Marie Bergmann, Franziska Murken, Christina Tabea und Annalisa Sperling, Studentinnen des Studienganges „Master of Education“. Wir übernehmen hier das Fazit dieser umfangreichen Studie ungekürzt.

„Fazit: Schulentwicklung mit einer Ausrichtung auf Schulprofile

Unter dem Aspekt einer langfristigen und vorausschauenden Schulentwicklungsplanung der Göttinger Schullandschaft wäre eine Verfestigung des sogenannten „Zwei-Säulen-Systems“ nicht zielführend. Durch diese formale Stufung der Schulen in – „Gesamtschule“ – „Gymnasium“ –, verbunden mit dem der Gesamtschule zugewiesenen Status einer „Ersetzenden Schule“, wird die alte vertikale Vielgliedrigkeit des Schulsystems lediglich in eine Zweigliedrigkeit überführt, ohne dass damit auch nur ein einziges dem alten System inhärentes Defizit, vor allem die Behinderung von Chancengerechtigkeit, gelöst würde. Auf Göttingen bezogen bedeutet dieses Zwei-Säulen-Modell:
Vier Gesamtschulen (einschließlich Bovenden), die von ca. 40% aller Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrer*innen und Eltern besucht werden, sind gehalten, annähernd 100% der Förder- Integrations- und Inklusionsaufgaben zu leisten. Eine solche Auflage ist weder wissenschaftlich begründbar noch ist sie bildungs- und gesellschaftspolitisch zu akzeptieren. Sie baut auf dem Idealismus der Gesamtschulgemeinde auf und führt letztlich zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Sie verhindert und unterbindet zudem den in Göttingen seit Jahren im Fluss befindlichen Reformprozess zu einer Profilausrichtung der einzelnen Schulen des Sekundar- I und II- Bereichs, bisher begleitet und

befördert durch einen fairen Wettbewerb um eine gute und bessere Schule. Das für Göttingen seit dem Schuljahr 2017/18 neu etablierte Schüleranmeldeverfahren fördert zudem erneut ein „vertikales Systemdenken“.
Nun hat es der Gesetzgeber bisher allerdings unterlassen, parallel zur verbindlichen Einführung des Inklusionsgebotes vor allem den Gymnasien die für diese Mammutaufgabe erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, obwohl in den letzten zwei Schuljahren nach Aussagen der Schulen signifikant mehr Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem schulischem Förder- und Inklusionsbedarf angemeldet wurden. Weder wurden den Gymnasien die für diese Aufgabe zwingend erforderlichen Sozialpädagogen*innen und Förderschullehrkräfte zugewiesen, noch die erforderliche Raumkapazität für den notwendigen Kleingruppenunterricht geschaffen. Zudem fehlen die erforderlichen Fortbildungsangebote für die Lehrer*innen und, dies ist fast noch bedeutsamer, die völlig unzureichende Berücksichtigung der neuen Qualifikationsanforderungen in der Gymnasiallehrerausbildung der Universitäten.
Dass der nunmehr vom Schulträger sowie von der Schulaufsichtsbehörde eingeschlagene Weg zu neuen Verwerfungen führt, die die strukturellen Probleme nur verlagern, zeigt sich deutlich an den Schüleranmeldezahlen für die 5. Klassen für das Schuljahr 2017/18. Die Gesamtschule in Bovenden wird bei 40 Erst-Anmeldungen (bei einer Kapazität von 150), gemessen an ihrem Schülerpotential, zur „Hauptschule“. Die Folge: Schülerinnen und Schüler aus der Grundschule mit einem Notenschnitt bis zu 7 Punkten (siehe Kap. 5) meiden diese IGS beim Übergang in die 5. Klasse.
Wir favorisieren daher eine Öffnung des „Zwei- Säulen-Systems“ sowie eine Abkehr der Gymnasien vom Dogma eines zielgleichen Unterrichts. Gymnasien und Gesamtschulen sollten gleichberechtig und gleichwertig selbstverantwortlich und mit konzeptionellem Selbstbewusstsein ihre Schulprofile entwickeln können. Nicht eine Gliederung nach Schulsystemen wäre das Gebot der Stunde, sondern eine Gliederung nach erkennbaren und ausgewiesenen Profilen.
Wir empfehlen weiter eine angemessene und sachgerechte Ausstattung der Schulen mit Personal und mit Räumen, vor allem zunächst für diejenigen Schulen, die sich durch eigenen Beschluss der Inklusionsaufgabe sukzessiv stellen wollen. Gymnasien, die diesen Weg mit der Begründung mangelnder personeller und sächlicher Ausstattung noch nicht gehen möchten, sollten dies auch ohne Vorbehalte tun können.

Die Basis des erfolgreichen Göttinger Gesamtschulkonzeptes ist eine auf der Grundlage von Schulnoten der Grundschulen ermittelte repräsentative leistungsheterogene Schülerschaft. Wenn es weiterhin Ziel der Göttinger Schulentwicklung sein sollte, das bewährte Gesamtschulsystem zu erhalten, muss der Schulträger für alle SuS, die in den Gesamtschulen unter Beachtung einer repräsentativen Leistungsheterogenität keinen Schulplatz gefunden haben und die zudem von den Gymnasien auf Grund der dort fehlenden Ressourcen gegenwärtig nicht beschult werden können, eine adäquate Lösung bereitstellen. Diese wäre auf dem Hintergrund der in unserer Studie aufgezeigten Daten und Schulentwicklungslinien sowie nach sorgfältiger Prüfung mehrerer Alternativen auf absehbare Zeit pädagogisch wie kommunalpolitisch verantwortbar nur in der Umwandlung der Groner Hauptschule in eine Profiloberschule mit einem ausgewiesenen Förder- und Inklusionskonzept sowie einem deutlichen Praxisanteil als Weiterentwicklung der Produktionsklasse zu realisieren.
Wir empfehlen weiter, das kontaktlose Nebeneinander von Gymnasien und Gesamtschulen auf der einen und den Berufs- und Fachschulen auf der anderen Seite zu beenden zugunsten einer Kooperation mit dem Ziel einer Verbreiterung der Fächerangebote und der Bildungswege für alle Schülerinnen und Schüler der Stadt Göttingen. Als Vorbild könnte das unter den Gymnasien und Gesamtschulen bereits erfolgreich praktizierte Netzwerk der Stadtleisten dienen.“

Februar 2020

Bildung, Innovation und Verantwortung

Eine Zukunftsstrategie für Göttingen und Südniedersachsen

„Das Wort Schwierigkeit muss gar nicht für einen Menschen von Geist als existent gedacht werden. Weg damit!“

Georg Christoph Lichtenberg

Zukunft durch Bildung gestalten –

Exzellenz gemeinsam schaffen

Eine Bildungsinitiative für Göttingen und Südniedersachsen!

„Alles, was wir haben, verdanken wir unserem Wissen.“

Ziel: Göttingen und Südniedersachsen zu einer

„Bildungs- und Innovationshauptstadt Europas“

entwickeln.

Vorwort

Die Idee, ein Konzept zum Thema „Bildungshauptstadt…“ zu entwerfen, habe ich vom Projekt „Kulturhauptstadt Europas“ der Europäischen Union abgeleitet. Die Frage war: Warum nicht auch eine europäische „Bildungshauptstadt“ als ein zentrales und institutionalisiertes Projekt entwickeln und initiieren?

Die Stadt Göttingen mit ihren vielen, international bedeutsamen und historisch gewachsenen Bildungseinrichtungen sowie mit einer ausgesprochen bildungs-freundlichen Zivilgesellschaft wäre die geeignete Stadt für eine solche Initiative.

Aufgeschrieben habe ich einen Projektentwurf erstmals bereits im Mai 2018.

Seitdem habe ich meine Idee in mehreren Gesprächen und Vorstellungen bei wichtigen Institutionen und Personen in Göttingen und der Region vorgetragen

und ausnahmslos Zustimmung und Unterstützung erfahren, dazu auch einige Anregungen und Ergänzungsvorschläge.

Der Wichtigste: Das Projekt nicht nur auf Göttingen, sondern auch auf die Landkreise Göttingen und Northeim zu erweitern.

Eine Stadt wie Göttingen lebt auch von der Region und die Region von ihrem Zentrum.

Weiter habe ich den Titel um „Innovation“ erweitert und als Ziel formuliert:

Göttingen und Südniedersachsen zu einer „Bildungs- und Innovationshauptstadt“ zu entwickeln.

Bei der näheren Beschäftigung mit dem Thema wurde auch sehr schnell deutlich, dass den Begriffen „Wissen“, „Forschung“ und „Verantwortung“ als Querschnittsanspruch eine zentrale Bedeutung zukommen sollten.

Die Schlüsselbegriffe des Konzeptes sind also:

Wissen, Bildung, Forschung, Innovation und Verantwortung.

Ich habe bewusst darauf verzichtet, den vorliegenden Text durch wissenschaftliche Literatur zum Generalthema „Bildung“ anzureichern. Meine Vorschläge und Anregungen gründen auf inzwischen fünfzig Jahre eigene praktische Erfahrung und auf eigenen Forschungsprojekten zum Thema Schulentwicklung und regionale Bildungsplanung.

Präambel – eine konkrete Zukunftsvision!

„Nur wo Bildung ist,

kann Innovation, Wirtschaftsdynamik, soziale Gerechtigkeit und

Wohlstand entstehen.“

Die Stadt und die Landkreise Göttingen und Northeim erklären „Bildung und Innovation“ im umfassenden Sinn zu ihrem zentralen kommunalpolitischen Anliegen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft, alle Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Kultur, Sport, Wirtschaft, Verwaltung und Politik sind aufgefordert, mit Entschlossenheit ihren Beitrag zu leisten und Göttingen sowie Südniedersachsen zu einer „Bildungs- und Innovationshauptstadt“ Europas zu entwickeln.

Ideen – und Konzeptskizze

Die meisten der nachstehend aufgelisteten Themen sind erkennbar keine neuen möglichen Aktionsfelder. Sie sollten aber prozesshaft ergänzt und erweitert werden durch neue innovative Ideen und Projekte. Ziel sollte es sein, einzelne Bereiche zu intensivieren, wieder anzustoßen, ihnen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, sie zu bündeln, effektiver zu vernetzen und sichtbar zu einem ganzheitlichen Konzept zu entwickeln, mit anderen Worten, sie in eine „Geschichte“ zu integrieren und als ein zentrales Gegenwarts- und Zukunftsprojekt für unsere Region zu verankern.

Was wir erreichen wollen:

- Frühkindliche Bildungseinrichtungen: Krippen/Hort/Kindergartenplätze für alle Kinder vorhalten.
- Kein Schüler und keine Schülerin verlassen unsere Schulen ohne einen Schulabschluss.
- Alle Schulen weisen ein Ganztagsschulangebot aus.
- Das Niveau der Schulleistungen von Schülerinnen und Schülern auf allen Begabungsstufen durch individuelles Fördern und Fordern stärken. Schulträger und Politik stellen die sächlichen und personellen Voraussetzungen bereit.
- Forscherwerkstätten sowie die Beteiligung an nationalen und internationalen Wettbewerben in allen Bildungseinrichtungen fördern.
- Lernbereitschaft und selbständiges Lernen und Denken als ein zentrales Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Alter fördern. Die Verantwortung für sich selbst und das eigene Denken und Handeln annehmen und nicht auf den Staat oder auf Institutionen delegieren.
- Eltern setzen sich verantwortlich für ein bildungsfreundliches Aufwachsen ihrer Kinder ein und werden ggf. und wenn gewünscht, durch professionelle Beratung und Hilfsangebote unterstützt, z.B. durch eine Wiederaufnahme und personelle Ausstattung des Projektes „Hilfe für Eltern“ zur Einschulung.
- Inklusion als eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe, besonders auch aller Schulen, akzeptieren und praktizieren.

- Alle Schulen verantwortungsvoll und gemeinsam, d. h. die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Digitalisierung und der neuen Medien einstellen und vorbereiten.
- Schulen, Universität, Institute, Fachhochschulen, Ausbildungsbetriebe u.a. öffnen ihre „Türen".
- Profile der Schulen weiterentwickeln, Kooperationen zwischen den Schulformen fördern, gemeinsame Projekte fördern, organisieren und zulassen und eine dysfunktionale Trennung zwischen Schulformen überwinden.
- Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen (Gesamtschulen/ Gymnasien/ Förderschulen/ Schulen in privater Trägerschaft) und den Berufs- und Fachschulen fördern und entwickeln.
- Schulpraktika auch in Handwerksbetrieben fördern. Abbrecherquote bei Auszubildenden verringern.
- Das Abitur gleichwertig als Ausweis für ein Studium sowie für eine qualifizierte Berufsausbildung auch im Hinblick auf die Unterrichtsfächer entwickeln, z. B. durch eine gemeinsame Stadtleiste unter Beteiligung der Berufsschulen.
- Flüchtlinge sowie Kinder und Jugendliche aus anderen Ländern integrieren, Barrieren zwischen den sozialen „Klassen" abbauen und überwinden im privaten Umgang, im Beruf, beim Wohnen und im Wohnungsbau.

  Die Zahl der Arbeitslosen reduzieren durch eine vorausschauende Planung, durch Beratung und zielgerichtete Weiter- und Fortbildung einschließlich der Herausforderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt. Jede/jeder wird gebraucht! Der Fachkräftemangel ist im Kern kein quantitatives, sondern ein qualitatives Problem.
- Organisation von Bürgerdialogen: Bürger helfen Arbeitslosen bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt u.a.
- Sukzessiven Übergang aus der Berufstätigkeit ins Renten- bzw. Pensionsalter auch nach dem Eintritt in das formale Rentenalter ermöglichen.
- Einrichtung einer Kontaktbörse: „Ehrenamtliche Tätigkeiten/ bezahlte Beschäftigungen" für Rentner/Innen und Pensionäre.
- Vernetzung aller Bildungseinrichtungen und Institutionen: Stadt/ Träger im vorschulischen Bereich/ Schulen/ Berufsschulen/ Kam-